

FH Kiel, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit,  
Sokratesplatz 2, 24149 Kiel

Fachbereich  
Soziale Arbeit und Gesundheit  
Professorin Dr. Melanie Groß

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innenausschuss  
z.Hd. Barbara Ostmeier, Vorsitzende  
per email: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

Sokratesplatz 2  
24149 Kiel  
Telefon: 0431 210-3046  
Telefax: 0431 210-63046  
[melanie.gross@fh-kiel.de](mailto:melanie.gross@fh-kiel.de)  
[www.fh-kiel.de](http://www.fh-kiel.de)

12.11.2019

### Stellungnahme

Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen

Fraktion SPD, Drucksache 19/1605

Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Drucksache  
19/1664

Sehr geehrte Frau Ostmeier, sehr geehrter Herr Dr. Galka, sehr geehrte Mitglieder des  
Innenausschusses,

mit Schreiben vom 01. Oktober 2019 bitten Sie mich um Stellungnahme in o.g. Angelegenheit.  
Dieser Bitte komme ich sehr gerne nach. Ich empfehle 1. Benennung einer Anlaufstelle  
innerhalb der Polizei, und darüber hinaus 2. Benennung einer Anlaufstelle außerhalb der  
Polizei, 3. Sicherung und Ausbau professioneller Beratung durch Beratungsstellen.

### Zur Begründung:

Ich begrüße grundsätzlich das Vorhaben der antragsführenden Fraktionen, eine systematische  
Aufklärungs- und Beratungsstruktur im Lande für die Betroffenen von rechten Bedrohungen  
durch im Internet kursierende Namenslisten auszubauen und weiter zu etablieren, um damit  
Verunsicherung in der Bevölkerung zu begegnen und den Betroffenen direkte Hilfe und  
Unterstützung anbieten zu können. Konkret gefährdete Personen müssen dabei von den  
Sicherheitsbehörden proaktiv informiert werden, genannte aber nicht gefährdete Personen  
müssen die Information auf Nachfrage erhalten können. Es ist wünschenswert, dass dafür  
neben den flächendeckenden Polizeidienststellen eine zentrale Ansprechperson innerhalb der  
Polizei im Land Schleswig-Holstein benannt wird, die öffentlich auch proaktiv in Erscheinung  
tritt. Um allen Bürger\*innen einen Zugang zu den Informationen zu sog. Feindeslisten zu  
ermöglichen ohne sich gegenüber der Polizei offenbaren zu müssen, ist es sinnvoll darüber  
hinaus eine unabhängige Stelle um Aufklärung bitten zu können, die dann an Polizei oder

Beratungsstelle weiter vermitteln kann. Darüber hinaus sollten alle Informationsgespräche zur Bedrohungslage mit einem Hinweis auf professionelle Beratungsstellen außerhalb der Polizei geführt werden.

Vermieden werden muss, dass die Polizei zur Multiplikatorin rechter Bedrohungen wird, weshalb eine pauschale massenhafte Information etwa bei Listen aus geleakten Online-Versandhandelslisten o.ä. nicht sinnvoll erscheint. Es obliegt bei allen kursierenden Listen deshalb den staatlichen Sicherheitsbehörden, eine Prüfung der jeweiligen Gefährdungslage vorzunehmen und die Bedrohungslage differenziert einzuschätzen.

Der qualifizierte und für die Öffentlichkeit auch transparente Umgang mit Bedrohungslagen ist u.a. deshalb dringend notwendig, weil damit das Vertrauen der Bürger\*innen in die Sicherheitsbehörden erhalten bzw. gestärkt werden kann. Insbesondere Betroffene von rechten Angriffen haben z.T. aufgrund von eigenen Erlebnissen des Nicht-Ernstgenommen-Werdens im Bedrohungs- oder Angriffsfall durch Polizei oder auch Staatsanwaltschaften oder durch Kenntnisnahme von rechten Aktivitäten durch Angehörige der Sicherheitsbehörden oft sehr ernst zu nehmende und bisweilen auch begründete Vorbehalte. Insofern ist die Benennung und Ausstattung einer konkreten zentralen Ansprechperson innerhalb der Polizei nicht nur für die Bearbeitung des Informations- und Aufklärungsbedarfs, sondern darüber hinaus auch deswegen sinnvoll, um zu zeigen, dass die staatlichen Behörden die Bedrohungen durch rechte Gruppen oder Einzelpersonen sehr ernst nehmen. Hiermit mag es gelingen, Vertrauen (zurück zu) gewinnen. Gleichwohl muss aber auch bedacht werden, dass nicht alle Betroffenenengruppen sich vorbehaltlos an die Polizei wenden wollen oder können, weshalb zusätzlich die Benennung einer Anlaufstelle außerhalb der Polizei notwendig und sinnvoll ist.

Daneben sollten alle Polizeistationen als niedrighschwellige und lokal situierte Anlaufstellen direkte und schnelle Information und Unterstützung anbieten. Dafür ist es sinnvoll, die flächendeckende Fortbildung von Polizeibeamt\*innen im Bereich der Sensibilisierung für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Homosexualitätsfeindlichkeit, Transfeindlichkeit, Feindlichkeit gegenüber Obdachlosen etc.), sowie für die Situation der Betroffenen von rechten Bedrohungen und Angriffen (Mitglieder der angefeindeten Gruppen, Personen, denen eine Mitgliedschaft in den angefeindeten Gruppen zugeschrieben wird, sowie politische Gegner\*innen von rechten Gruppen oder Einzelpersonen) weiter durchzuführen und auszubauen.

Ein sich aus der Bedrohungslage ergebender Beratungsbedarf für etwaige psychosoziale Folgen muss bei allen Informationen durch die Polizei mitgedacht werden, weshalb stets zugleich über zivilgesellschaftliche und professionelle Beratungsangebote informiert werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen,  
Melanie Groß